

Demokratie und Kapitalismus

Ein Versuch zur
Soziologie der Staatsformen

Von

Ferdinand Aloys Hermens



Duncker & Humblot *reprints*

Demokratie und Kapitalismus

Ein Versuch
zur Soziologie der Staatsformen

Von
Ferdinand Aloys Hermens



MÜNCHEN UND LEIPZIG 1931
VERLAG VON DUNCKER & HUMBLLOT



Pierersche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co., Altenburg, Thür.

Vorwort

Die Erkenntnis von der soziologischen Bedeutung der Real-faktoren ist im Wachsen begriffen. Hatte Karl Marx mit dem gigantischen Versuch, den Verlauf der Geschichte allein auf ökonomische Begebenheiten zurückzuführen, noch mit Recht Widerstand gefunden, so wurde das Problem nachher in weniger einfacher, aber den Tatsachen mehr entsprechender Weise erfolgreich wieder aufgenommen, so daß die Bedingtheit des menschlichen Handelns durch ökonomische, ethnische und erdhafte Faktoren heute zwar im Ausmaß, aber nicht mehr im Prinzip bestritten wird. Die alten Bedenken, die auf der Verquickung dieser Probleme mit ethischem und metaphysischem Materialismus beruhten, beginnen ja auch zu schwinden, und man sieht, daß es sich lediglich um die Herstellung der Konformität von Sein und Bewußtsein, von tatsächlichem Geschehen und politischem Wollen handelt. Das Ergebnis ist dementsprechend keine Verneinung eines wirklichen Idealismus, sondern nur die Ablehnung eines unkritischen Rationalismus und Intellektualismus, dem die soziale Schicht der modernen Intelligenz in den letzten 200 Jahren trotz oder wegen ihrer großen – vielleicht entscheidenden – politischen Rolle einen so günstigen Boden bot.

Die vorliegende Arbeit möchte die allgemeine Einsicht von der sozialen Bedingtheit des menschlichen Wollens auf das Gebiet der Staatsformen anwenden. Sie führt zu dem Ergebnis, daß dem, was man bisher als Monarchie, Aristokratie und Demokratie unterschied, nicht ohne weiteres eine soziale Realität entspricht und daß das, was an differierenden Staatsformen verbleibt, historisch bedingt und mit einer bestimmten sozialen Schichtung verbunden ist. Insbesondere – und das ist die Hauptthese der Schrift – ergibt sich, daß überall da, wo der moderne Kapitalismus seine volle wirtschaftliche und soziale Ausprägung gefunden hat, eine andere Staatsform als die Demokratie mit ihm auf die Dauer nicht verträglich ist. Die Einwände, die sich dagegen aus der Existenz von Faschismus und Bolschewismus ergeben, erledigen sich durch den Hinweis auf die unentwickelten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die in Italien und Rußland ein normales Funktionieren demokratischer Institutionen nicht gestatten.

IV

Schwerer wiegt die augenblickliche Bedrohtheit der deutschen Demokratie. Sie erklärt sich unseres Erachtens weniger aus der anormalen wirtschaftlich-sozialen und außenpolitischen Situation, als aus einem den Grunderfordernissen der Demokratie in seinen Prinzipien wie in seinen praktischen Konsequenzen zuwiderlaufenden Wahlrecht, das der wirtschaftlichen Not erst ein derartiges politisches Ventil geschaffen hat. Eine ernsthafte Gefahr für die deutsche Demokratie dürfte trotzdem nicht gegeben sein, da allenfalls und unter besonderen Umständen – die jedoch bereits der Vergangenheit angehören dürften – eine Erschütterung des Vorhandenen, aber nicht der positive Aufbau eines Neuen im Bereich der Möglichkeit läge, und: «On ne détruit que ce qu'on remplace.»

Die praktisch-politische Konsequenz, die sich aus der Einsicht in die Unausweichlichkeit der Demokratie ergäbe, wäre auf der einen Seite eine Opposition, die ihre Ziele innerhalb der gegebenen Staatsform und unter loyaler Benutzung der von ihr zur Verfügung gestellten Mittel verfolgen würde, und auf der anderen eine herrschende Richtung, die, anstatt, wie die französische Linke, ein Monopol demokratischer Gesinnung in Anspruch zu nehmen und dem Bekenntnis zur Republik einen weltanschaulichen, vom Gegner niemals zu akzeptierenden Inhalt geben zu wollen, dem englischen Beispiel folgend, den Unterschied zwischen Siegern und Besiegten verwischen und das Haus der Demokratie für alle politischen Gruppen öffnen und wohnlich machen würde. Könnte die vorliegende Arbeit, trotz ihrer vielen Unvollkommenheiten, an der Verwirklichung dieser Aufgabe in noch so bescheidener Weise mitwirken, so wäre das ein Ergebnis, das die auf sie verwandte Mühe reich belohnen würde.

Paris, im Mai 1931

Der Verfasser

Inhaltsverzeichnis

Erstes Kapitel Was ist Demokratie?

	Seite
A. Die demokratische Ideologie: Demokratie als Volksherrschaft	1
B. Die demokratische Wirklichkeit: Das politische Führertum	5
I. Die allgemeinen Probleme des Führertums	5
1. Die Integration als Funktion des Führertums und als Quelle seiner Macht	5
2. Stärkung der Macht des Führertums durch psychologische Momente bei Führern und Geführten	9
3. Die Grenzen der Macht des Führertums	10
a) Freie Konkurrenz als wesentliches Merkmal des Begriffes der Führung	10
b) Die gegenseitige persönliche Durchdringung von Führern und Geführten	11
c) Die sachliche Durchdringung von Führern und Geführten	12
d) Führer und Geführte in der Wirtschaft	14
e) Führer, Geführte und Logik der Entwicklung	15
f) Heroenkult?	16
4. Die prinzipielle und dauernde Unvermeidlichkeit des Führertums	17
a) Das Führertum in der „unmittelbaren“ Demokratie	17
b) Die Erfolglosigkeit der in der „repräsentativen“ Demokratie gegen die Führer ergriffenen Maßnahmen	19
c) Die bisherige Unvermeidlichkeit des Führertums eine Folge zu beseitigender äußerer Umstände?	20
II. Demokratie und nichtdemokratische Formen staatlicher Integration: Das Problem der Staatsformen	22
1. Der Begriff der Herrschaft	22
2. Demokratie und Gleichheit	26
3. Bürokratie und staatliche Integration	31
III. Das Führertum in der parlamentarischen Demokratie	34
1. Parlament und Kabinett	34
2. Parlament und Parteien	39
a) Die allgemeinen Probleme des Parteiwesens	39

	Seite
b) Antiparlamentarische Parteien; weltanschauliche und nationale Minderheitsparteien	47
c) Parteienstaat	53
IV. Präsidentschaftsrepublik und Diktatur	55
1. Die Präsidentschaftsrepublik der Vereinigten Staaten Nordamerikas	55
2. Die plebiszitär-parlamentarische Präsidentschaft Deutschlands	58
3. Die Diktatur	62
Exkurs I	
Demokratie und Weltanschauung	64

Zweites Kapitel

Was ist Kapitalismus?

A. Die Axiomatik des Kapitalismusbegriffes	70
B. Das wirtschaftliche Wesen des Kapitalismus	71
1. Die unterschiedliche Gestaltung der Wirtschaft im Mittelalter und am Ende des 19. Jahrhunderts	71
II. Die wirtschaftliche Entwicklung als bestes Kennzeichen und der unternehmerische Individualismus als letzte Ursache der Eigenart der modernen Wirtschaft	72
III. Anfang und Ende des Kapitalismus	77
IV. Das soziale Wesen des Kapitalismus	79
1. Der allgemein-kulturelle als Voraussetzung des wirtschaftlichen Individualismus	79
2. Wirtschaftlicher Individualismus und geschäftlicher Rationalismus	82
3. Die sozialen Begleiterscheinungen der wirtschaftlichen Entwicklung	86
a) Labilität der wirtschaftlichen und sozialen Positionen, Abschwächung der Klassendifferenzierung	86
b) Zerstörung der Gemeinschaften; Mechanisierung und Nivellierung	94
c) Die Kunst-, Kultur- und Religionsfeindlichkeit des Kapitalismus	95
4. Der Gesamtcharakter der kapitalistischen Gesellschaft: Mechanische Gesellschaft statt organischer Gemeinschaft	101

5. Wirtschaft und Gesellschaft einer nachkapitalistischen Zeit	104
6. Eschatologie des Kapitalismus	110

Drittes Kapitel

Kapitalismus und Demokratie

Materialismus?	123
I. Wirtschaft und politische Organisation vor Beginn der Seßhaftwerdung	131
II. Vorkapitalistische Formen der politischen Integration nach Abschluß der Seßhaftwerdung	133
1. Der Herrschaftsstaat	134
a) Sein äußerer Aufbau	134
b) Die Integration im Herrschaftsstaat	137
α) Die Funktionen des „Monarchen“	137
β) Der Adel in der herrschaftsstaatlichen Integration	142
2. Vorkapitalistische Demokratien	147
a) Die Stadtdemokratie	147
b) Die Bauern- und Kriegerdemokratie	149
III. Kapitalismus und moderne Demokratie	150
1. Kapitalismus und moderner Staat	150
a) Die Bedeutung des modernen Verkehrs- und Nach- richtenwesens für die staatliche Zentralisation	151
b) Die Uniformierung der Gesellschaft als Voraussetzung des modernen Staates	153
c) Das moderne Beamtentum als institutionelle Ver- körperung der modernen Staatsidee	154
d) Die Sozialisierung des Krieges	155
e) Die moderne Finanzwirtschaft	157
f) Nichtkapitalistische Faktoren beim Aufbau des modernen Staates	159
2. Herrschaftsstaat und Kapitalismus	161
a) Die ständische Monarchie	161
b) Die feudalbürokratische Monarchie	163
3. Der Gegensatz zwischen kapitalistischer Ge- sellschaft und feudalbürokratischem Re- giment	167
a) Die veränderte gesellschaftliche Stellung der politisch herrschenden Schicht	167

	Seite
b) Antiherrschaftliche Kräfte	174
α) Der Kapitalismus als Garant für das Funktionieren demokratischer Institutionen	174
αα) Die Volksschule	174
ββ) Kapitalismus und Presse	175
γγ) Die moderne Intelligenz	178
β) Unmittelbar die Monarchie gefährdende Erscheinungen	181
4. Die Monarchie in der Abwehr: Die konstitutionelle Monarchie	187
a) Die veränderte Stellung des Monarchen in ihr	187
b) Kabinett und Parlament	188
c) Stützen des Herrschaftsstaates.	190
5. Die bürgerliche, die cäsaristische und die parlamentarische Monarchie	199
6. Die Beseitigung der Monarchie	202
7. Der Prozeß der Demokratisierung in den Vereinigten Staaten, England, Frankreich und Deutschland	205
8. Die neue Gesellschaft und ihre politische Form	209
a) Die Zeit der Parlamentsherrschaft	209
b) Die Massendemokratie	214

Exkurs II.

Demokratie und wirtschaftliche Ungleichheit, das Schlagwort „Plutokratie“	219
a) Der historische Sinn des Ausdruckes „Plutokratie“	219
b) Der prinzipielle Sinn von „Plutokratie“	221
c) Der spezielle Sinn des Schlagwortes „Plutokratie“	222
d) Der übertragene Sinn von „Plutokratie“	224
e) Die Ökonomie der Plutokratie	226
f) Zur Soziologie des Schlagwortes „Plutokratie“	228
g) Wirtschaftliche Ungleichheit und Gleichheit der Chance . .	229
9) Demokratie und nachkapitalistische Gesell- schaft.	231
10) Demokratie und Parteidiktatur	235

Erstes Kapitel

Was ist Demokratie?

A. Die demokratische Ideologie: Demokratie als Volksherrschaft

Als, vor nun fast hundert Jahren, die Demokratie ihren Siegeszug durch die europäische Staatenwelt begann, forderte de Tocqueville¹ eine neue politische Wissenschaft für die heraufziehende neue Welt. Die neue Welt kam, aber die Wissenschaft, der Tocqueville selbst in erheblichem Umfange bereits die Wege gebahnt hatte, blieb hinter ihr zurück. Das Feld, das sie frei ließ, blieb fast ausschließlich im Besitze der Politik, die, dem besonderen Charakter ihrer Aufgaben entsprechend, nicht nach dem Sein, sondern nach dem Seinsollen fragte. Die Anhänger der neuen Staatsform bemühten sich, sie im Lichte eines unübertrefflichen Idealzustandes erscheinen zu lassen, und ihre Gegner machten sie zur Ursache alles Bösen, was es nach ihrer Meinung auf der Welt gab und gegeben hatte. Die wissenschaftlich am besten durchformte, übrigens auch heute noch durchschlagkräftigste Auffassung vom Wesen der Demokratie blickt daher bereits auf ein hohes Alter zurück. Ihr Ahnherr ist Rousseau, ihr Beobachtungsfeld die Stadtdemokratie und ihr geistreicher moderner Vertreter Carl Schmitt. Nach ihr ist Demokratie Volksherrschaft oder, wie Schmitt in seiner prägnanten juristischen Diktion es ausgedrückt hat, „Identität von Herrschern und Beherrschten“. Begriffsnotwendig ist die unmittelbare Herrschaft des Volkes über sich selbst; wichtige Fragen müssen der Entscheidung der aus allen mündigen Staatsbürgern

¹ Alexis de Tocqueville. *De la Démocratie en Amérique*, 12. éd., Paris 1848, tome I, p. 9.

bestehenden Volksversammlung überlassen bleiben. Die Wahl von Vertretern bedeutet bereits Übergang zur „Aristokratie“: „La souveraineté ne peut être représentée, par la même raison qu'elle peut être aliénée; elle consiste essentiellement dans la volonté générale, et la volonté ne se représente point: elle est la même ou elle est autre . . . Le peuple anglais pense être libre, il se trompe fort; il ne l'est que durant l'élection des membres du parlement: sitôt qu'ils sont élus, il est esclave, il n'est rien.“² Allenfalls darf es „commissaires“ des Volkes geben, die nach dessen Auftrage und Weisungen seine Geschäfte führen. Beamte sind ein, wenn auch notwendiges, Übel: Wenn es irgend angängig erscheint, sind sie durch Turnus oder Los zu bestimmen, andernfalls auf kurze Zeit zu wählen und dem Rückberufungsrecht (recall) zu unterwerfen³. Die einzige Aufgabe dieser Beamten besteht in der kasuistischen Anwendung der von der Volksversammlung mit überlegener Einsicht beschlossenen Gesetze. Die Gleichheit der politischen Kenntnis und Energie, die das prompte Funktionieren dieses Mechanismus voraussetzt, ist zwar nicht vorhanden, aber ihr Fehlen die Folge eines ungünstigen Milieus; die demokratischen Institutionen, einmal geschaffen, werden sich schon das Material heranbilden, das sie brauchen. — Nach dieser Auffassung ist Demokratie nur in kleinen Gemeinwesen möglich; die bekannte Formulierung von Aristoteles sieht ihre Grenze da, wo ein Herold nicht mehr in der Lage ist, mit seiner Stimme die Volksversammlung zu beherrschen. Dieser Meinung sind die Führer der großen demokratischen Revolutionen nicht gefolgt; sie haben — wie sich später ergeben wird, mit Recht — auch die parlamentarisch regierten großen Staaten als Demokratien betrachtet, da die Mitglieder der Parlamente wirkliche „Volksvertreter“ und nicht Träger eines aristokratischen Regimes seien.

² Contrat social, III. Buch, 15. Kap.

³ Das ist allerdings nicht die Auffassung von Schmitt, vgl. Verfassungslehre, München und Leipzig 1928, S. 271, auch nicht in allen Punkten die Rousseaus; aber hier kommt es nicht auf die genaue Wiedergabe der Rousseauschen und Schmittschen Thesen an, sondern auf eine idealtypische Zusammenstellung der wichtigsten Merkmale einer bestimmten, durch ihre Namen in erster Linie repräsentierten, aber teilweise auch schon im Altertum und bei den puritanischen Levellers vorhandenen Auffassung vom Wesen der Demokratie.

Was uns veranlaßt, diese Auffassung vom Wesen der Demokratie abzulehnen, sind nicht Gründe immanenter, sondern methodischer Kritik. Sie ist aus dem Bewußtsein derer abstrahiert, die sich Demokraten nannten, und setzt, wenn sie reale Geltung beanspruchen will, Kongruenz von Sein und Bewußtsein voraus. Diese Kongruenz ist jedoch nicht vorhanden, denn es ist „eine alte Wahrheit, daß die Personen und Chöre, die im Drama der Geschichte auftreten, fast nie verstehen und noch seltener wollen, was tatsächlich geschieht und über alle Köpfe hinweg von der unerbittlichen Logik der Entwicklung durchgesetzt wird“⁴. Die Gründe dafür sind verschiedener Natur. Sie liegen einmal darin, daß der einzelne Mensch einfach nicht sieht, in welchem räumlichen und zeitlichen Zusammenhang sein Handeln erfolgt. Er webt ja nur wenige Maschen im Gewebe seiner Zeit, dessen abschließende Formen er nicht kennt. Auf der anderen Seite ist auch derjenige, der in seinen Äußerungen von unbestechlichem Wahrheitswillen geleitet ist, unbewußt durch sein Wollen und seine Interessen beeinflusst. Politisches Handeln ist zwar nicht notwendig, aber doch tatsächlich „standortsbedingt“⁵. Besonders großen Gefahren ist in dieser Hinsicht der oppositionelle Politiker ausgesetzt, denn während derjenige, der bestehende Zustände verteidigt, seine offen zutage liegenden Mängel nicht verbergen kann, vermag der Vertreter neuer Einrichtungen sie ungehemmt zu idealisieren, ohne in ähnlicher Weise der Gefahr der Widerlegung ausgesetzt zu sein wie sein konservativer Gegner. Zudem ist die Versuchung, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen, deswegen besonders groß, weil es anders schwer fällt, eine größere Anzahl von Menschen aus ihren lieb gewordenen Traditionen herauszureißen. Für den intellektuellen Oppositionspolitiker, der nicht in der unmittelbaren politischen Praxis steht, tritt das besondere Moment hinzu, daß er das Bedürfnis hat, sich ein festes Bild von der politischen Zukunft zu machen, das zwar zu faszinieren, aber nicht einer unvorhergesehenen Entwicklung sich anzupassen vermag, während der politische Praktiker sich mehr oder

⁴ J. Schumpeter im Deutschen Volkswirt, Heft 12/13, 4. Jahrgang.

⁵ Vgl. K. Mannheim, Ideologie und Utopie, Berlin und Bonn 1929, der allerdings die These der notwendigen voluntaristischen Beeinflussung sozialwissenschaftlicher Erkenntnis vertritt.